

Landkreis Wesermarsch, Poggenburger Str. 15, 26919 Brake

An die Mitglieder des Gremiums
als Protokoll

allen übrigen Kreistagsmitgliedern
zur Kenntnisnahme

Auskunft erteilt: Marco Witthohn
Zimmer.: 235
Telefon: 04401 – 927 326
04401 – 927 0 (Zentrale)
Telefax: 04401 – 927 339
E-Mail: marco.witthohn@wesermarsch.de

Brake, den 29.09.2025

Protokoll

zur öffentlichen Sitzung mit anschließendem nicht öffentlichen Teil

Gremium		FinA/56/2025
Ausschuss für Finanzen, Personal, Gleichstellungsfragen		
Am	Sitzungsdauer	Ort
Dienstag, 23.09.2025	16:30 bis 17:35 Uhr	Kreishaus, großer Sitzungssaal, Poggenburger Straße 15, 26919 Brake

Anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Siegmar Wollgam	Kreistagsmitglied (Vorsitz)
Heinz Doormann	Kreistagsmitglied
Reiner Gollenstede	Kreistagsmitglied
Torben Hafenegger	Kreistagsmitglied
Jürgen Janssen	in Vertr. d. Abg. Wenzel
Dieter Kohlmann	in Vertr. d. Abg. Stellmann
Leonard Krippner	Kreistagsmitglied
Ursula Schinski	Kreistagsmitglied
Erika Weubel	Kreistagsmitglied
Horst Wieting	in Vertr. d. Abg. Thümler
Manfred Wolf	Kreistagsmitglied

Beratende Mitglieder

Albert Mumme	Kreisbehindertenbeirat (Vorsitz)
--------------	----------------------------------

von der Verwaltung

Sigrid Allmers
Kai Littmann
Maren Würger

Leiterin FD 20 - Finanzen
FD 91 (Büro des Landrats), Protokollführer
Leiterin Dez. 1

Entschuldigt sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Daniel Stellmann
MdL Dr. h. c. Björn Thümler
Thomas Wenzel

Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung des Protokolls über die vorhergegangene Sitzung
- 5 Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern
- 6 Annahme von Spenden und Schenkungen
Vorlage: 2025/FD20/249
- 7 Finanzwirtschaftliche Entwicklung 2025 mit Stand 31.07.2025
Vorlage: 2025/FD20/250
- 8 Patronatserklärung zugunsten der Innovationszentrum für Nachhaltigkeit und Produktionstechnologie GmbH
Vorlage: 2025/FD20/251
- 9 Gründung der Bildungsbrücke Wesermarsch gGmbH als Tochtergesellschaft der KVHS
Vorlage: 2025/FD20/253
- 10 Verschiedenes

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung der Sitzung
----------	-----------------------

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
----------	--

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

3	Feststellung der Tagesordnung
----------	-------------------------------

Die Tagesordnung wird ohne Einwände festgestellt.

4	Genehmigung des Protokolls über die vorhergegangene Sitzung
----------	---

Das Protokoll über die Sitzung vom 17.06.2025 wird in der vorliegenden Fassung einstimmig genehmigt.

5	Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern
----------	--

Es liegen keine mündlichen oder schriftlichen Fragestellungen vor.

6	Annahme von Spenden und Schenkungen Vorlage: 2025/FD20/249
----------	---

Frau Würger erläutert den Sachverhalt anhand der Beschlussvorlage. Es erfolgt keine Aussprache.

Der Fachausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss und Kreistag einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die folgenden Spenden werden angenommen und dem vorgesehenen Zweck zugeführt:

1) Geldspende der Landessparkasse zu Oldenburg – Regionale Stiftung -, Oldenburg, in Höhe von 10.000 EUR für die Anschaffung eines Anhängers im Rahmen des Projektes Lernort Bevölkerungsschutz

2) Geldspende des Fördervereins des Gymnasiums Lemwerder e.V. in Höhe von 400 EUR für die Übernahme der Honorarkosten einer Diplom-Biologin für die naturpädagogische Unterstützung inkl. Materialien im Rahmen des Biologieunterrichts der 7. Klassen

7	Finanzwirtschaftliche Entwicklung 2025 mit Stand 31.07.2025 Vorlage: 2025/FD20/250
----------	---

Frau Würger erläutert die finanzwirtschaftliche Entwicklung (mit Stand 31.07.2025) anhand der Mitteilungsvorlage.

Aktuell ergibt sich bei den ordentlichen Erträgen eine Abweichung in Höhe von 3,19 Mio. EUR.

Die Kostenerstattungen und -umlagen erhöhen sich um 2,284 Mio. EUR insbesondere aufgrund höherer Ausgleichzahlungen des Landes als Anpassung an gestiegene Aufwendungen in den Bereichen SGB XII, Asyl und Eingliederungshilfe.

Bei den ordentlichen Aufwendungen erläutert Frau Würger die Abweichung in Höhe von 2,17 Mio. EUR bei den Personalaufwendungen (Position 13) aufgrund vakanter Stellen. Ferner geht sie auf die gestiegenen Transferaufwendungen (Position 18) ein.

Frau Würger geht auf die wesentlichen Investitionen ein. Von den investiven Maßnahmen in Höhe von rd. 93,6 Mio. EUR wurden 51,7 Mio. EUR und somit 55 % bisher beauftragt. Ausstehend sind rd. 41,9 Mio. EUR. für die aufgeführten Maßnahmen. Bei diversen Maßnahmen befindet man sich in der Vorprüfung/Vorplanung, jedoch noch nicht in der Phase der Auftragserteilung.

Herr Gollenstede erinnert zu den Transferaufwendungen (Position 18) an die in der vorangegangenen Sitzung thematisierte nach Produkten getrennte Übersicht.

Protokollanmerkung: Eine Übersicht der Sozialtransferaufwendungen nach Produkten ist als Anlage beigefügt.

Herr Gollenstede erkundigt sich nach der Entwicklung von Sozialmissbrauch in der Leistungsgewährung und etwaigen Kontrollmöglichkeiten. Frau Würger geht beispielhaft auf die Bereiche Wohngeld sowie Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (nach dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch – Sozialhilfe) ein und erläutert die Heranziehung der kreisangehörigen Kommunen. Ferner, dass das Jobcenter im Rahmen der Leistungsgewährung auch die Kosten der Unterkunft nach dem SGB II bei Bürgergeld und Grundsicherung für Arbeitsuchende auf Rechnung des Landkreises gewährt.

Protokollanmerkung: Im Rahmen der Beantragung von Sozialleistungen vorgelegte Unterlagen wie Mietverträge werden auf Plausibilität geprüft und Auffälligkeiten nachgegangen, bspw. auch Überprüfungen mit Zoll und Polizei.

Herr Gollenstede erkundigt sich zu den sonstigen Transferaufwendungen (Position 4) nach der Entwicklung der Erstattung der Unterhaltspflichtigen bei Leistungen nach dem Gesetz zur Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder -ausfallleistungen.

Frau Würger geht auf die Evaluation in dem Fachdienst ein und teilt mit, dass die Fallzahlen in den vergangenen Jahren stark gestiegen sind und für 2026 ein Stellenaufwuchs vorgesehen ist zur Sicherung der Ansprüche.

Herr Wolf erkundigt sich, ob die kreisangehörigen Kommunen fristgerecht die Kreisumlage an den Landkreis entrichten. Frau Würger teilt mit, dass die kreisangehörigen Kommunen termingerecht ihre Zahlung leisten.

Auf Nachfrage von Herrn Wolf zum Stand der EWE-Dividende erklärt Frau Würger, dass aktuell mit der eingeplanten Ausschüttung in Höhe von 6,88 Mio. EUR gerechnet wird.

Zu den investiven Maßnahmen in Höhe von rd. 93,6 Mio. EUR hinterfragt Herr Wolf, dass bisher nur ca. 55 % beauftragt worden sind. Frau Würger gibt zu bedenken, dass sich einige Maßnahmen teilweise über mehrere Haushaltsjahre erstrecken. Beispielhaft geht sie auf den Radwegebau und die Sanierungsmaßnahmen am BBZ ein. Ferner führt sie aus, dass bei Nichtdurchführung von investiven Maßnahmen auch eine Streichung und Neueinplanung in Betracht kommt.

Frau Würger geht für das Haushaltsjahr von einem zusätzlichen Investitionsvolumen von rd. 20 Mio. EUR aus.

Der Bericht zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung mit Stand 31.07.2025 wird zur Kenntnis genommen.

8	Patronatserklärung zugunsten der Innovationszentrum für Nachhaltigkeit und Produktionstechnologie GmbH Vorlage: 2025/FD20/251
----------	--

Frau Würger erläutert den Sachverhalt anhand der Beschlussvorlage.

Ergänzend regt sie eine textliche Ergänzung an, dass die Patronatserklärung bis zur schriftlichen Kündigung in Kraft bleibt. Einvernehmlich wird der Satz in die Erklärung aufgenommen.

Herr Wolf weist darauf hin, dass die Geschäftsführung vorrangig zusätzliche Einnahmen generieren soll.

Der Fachausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss und Kreistag einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Abgabe der Patronatserklärung zugunsten der Innovationszentrum für Nachhaltigkeit und Produktionstechnologie GmbH von bis zu 200.000 Euro wird zugestimmt.

9	Gründung der Bildungsbrücke Wesermarsch gGmbH als Tochtergesellschaft der KVHS Vorlage: 2025/FD20/253
----------	--

Frau Würger erläutert die Beschlussvorlage und teilt mit, der Gesellschaftszweck in § 2 des Gesellschaftsvertrags redaktionell um das pädagogische Angebot zu ergänzen ist sowie eine Anpassung der Rechtsgrundlage in § 9 Absatz 3.

Herr Wolf erkundigt sich, wie die Zukunft der zu gründenden Gesellschaft aussieht, wenn diese bei einer erneuten Ausschreibung nicht den Zuschlag für die Schulbegleitung bekommen würde. Frau Würger erläutert eine mögliche Rückführung in die Struktur der Kreisvolkshochschule Wesermarsch.

Herr Mumme gibt zum Einsatz von Schulbegleitungen etwaige präventive Maßnahmen zu bedenken.

Der Fachausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Vertreter der Gesellschafterversammlung der KVHS werden angewiesen, die Gründung der hundertprozentigen Tochtergesellschaft Bildungsbrücke Wesermarsch gGmbH, den anliegenden Gesellschaftsvertrag sowie alle notwendigen Maßnahmen zur Gründung und Umsetzung dieser Tochtergesellschaft durch die Geschäftsführung zu beschließen.

10	Verschiedenes
-----------	---------------

Herr Wolf nimmt Bezug auf das Kreistagsforum zum Thema Haushaltssicherung und erkundigt sich zum weiteren Vorgehen. Frau Würger erläutert, dass die Mittelanmeldungen für den Haushalt 2026 nochmals mit Blick auf Aufgaben- und Kostenkritik mit den Fachdienstleitungen nachgeprüft werden. Daneben wird ein Haushaltssicherungskonzept erarbeitet, dass in die Haushaltsberatungen eingebracht wird.

Herr Wolf fordert, dass vor den Haushaltsberatungen eine Maßnahmenliste mit relevanten Positionen vorab in diesem Fachausschuss behandelt werden. Hierbei möchte er auch die Zuschüsse für die kreiseigenen Gesellschaften auf den Prüfstand stellen. Frau Würger stellt dafür eine mögliche Sondersitzung in Aussicht.

Frau Würger berichtet von der Prüfung des Nds. Landesrechnungshofes. Demnach wurden die negative Entwicklung der Finanzkennzahlen und die bereits bekannte drohende Überschuldung angemerkt. Sie rechnet mit dem schriftlichen Abschlussbericht Ende des Jahres.

Wollgam
Ausschussvorsitz

Würger
Dezernentin

Littmann
Protokollführung